

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Roden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Dr. Roden, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch
den Postbezugs vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn-
und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Spaltenzeile 60 Pfennig, betaus
40 Prozent Leerzeilenzuschlag. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. —
Eine Verpfändung zur Aufnahme an vorhergehenden Tagen kann nicht
Annahmen werden. — Für Briefverordnungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 51.

Dresden, Montag den 3. März 1919.

30. Jahrg.

Beginnende Entspannung in Mitteldeutschland.

Der Wille zum Sozialismus.

Die Unzufriedenheit, die weite Kreise der Arbeiterchaft erfüllt, ist zum Teil auf die schwere Notlage zurückzuführen, die auf der Arbeiterklasse lastet und die freilich, solange die Not dauert und unter Augenbandel nicht wieder in Gang kommt, von keiner Macht der Welt beseitigt werden kann. Aber sicher ist auch eine der wichtigsten Ursachen der Störung der Unruhe der Arbeiterchaft darüber, daß trotz der stetigen Revolution auf dem Wege zum Sozialismus verhältnismäßig wenig Fortschritte gemacht worden sind. Freilich diejenigen, die sich seit Jahren in ununterbrochener Tätigkeit hineingearbeitet haben, wissen, daß der Sozialismus nicht das Werk weniger Wochen oder auch nur weniger Monate sein kann. Aber die Revolution hat dazu geführt, daß viele Millionen auf das eifrigste an den politischen und wirtschaftlichen Fragen Anteil nehmen, die sich früher nur wenig an dem öffentlichen Leben beteiligten haben, und diese fühlen sich durch den Gang der Ereignisse enttäuscht. Vielfach dürfte man sich in der Arbeiterchaft nicht klar genug darüber sein, daß selbst zur Vornahme von Maßnahmen, die an sich heute schon durchführbar sind, eine gründliche Vorbereitung gehört. Es müssen die in Frage kommenden Verhältnisse sorgfältig untersucht werden, und die Ausarbeitung eines paragrafenreichen Gesetzes ist nicht zu unterschätzen, weil sonst die Gefahr besteht, daß sich bei der Durchführung rechtliche und wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben. Daran aber, daß bei unsern Regierungen der Wille besteht, alles zu tun, was ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, kann kein Zweifel sein.

Der Reichsarbeitsminister Bauer hat in der Nationalversammlung am Sonnabend erklärt, es werde dem Hause bald eine Vorlage gegeben, die die Übernahme des Rohstoffes durch das Reich als erste Maßnahme vorschlägt. In dem Aufrufe der Reichsregierung, der gestern früh veröffentlicht worden ist, ist angefügt worden, daß die politische durch die wirtschaftliche Demokratie ergänzt, ein einheitliches sozialistisches Arbeiterrecht, auf freier Grundlage geschaffen, die Betriebsräte ausgebaut, die Sozialisierung in allen Wirtschaftszweigen, die sich zur Übernahme in öffentliche oder gemeinschaftliche Bewirtschaftung eignen, durchgeführt werden sollen.

In Sachsen haben wir eine sozialistische Mehrheit in der Volkskammer, und mit Recht verlangen die Massen, daß hier auf dem Wege zum Sozialismus ganz besonders energisch vorgegangen werde. Von den Genossen Neurath, Kranold und Schumann ist die Anschauung vertreten worden, daß in Sachsen eine rasche umfassende Sozialisierung möglich sei. Wir haben unter Bedenken gegen diese Auffassung geäußert. Sollte unsere Auffassung durch die Tatsachen widerlegt werden, so würde sich selbstverständlich niemand mehr darüber freuen wie wir. Jedemfalls sind auch wir der Meinung, daß in Sachsen alles für die Sozialisierung getan werden muß, was getan werden kann. Einer sozialistischen Regierung müssen freilich bei der Vorbereitung sozialistischer Maßnahmen Schwierigkeiten entgegen kommen, wenn sie, wie bisher die sächsische Regierung, nur mit dem alten Beamtenapparat arbeitet, der sich aus Nichtsozialisten zusammensetzt. Es ist nur zu natürlich, daß dieser Apparat nicht mit der Energie und Schnelligkeit arbeiten kann, wie das nach einer sozialistischen Revolution notwendig ist. Wir bewegen halten wir, gleich den Genossen Kranold, Neurath und Schumann, die Errichtung einer besonderen Stelle für notwendig, die sozialistische Maßnahmen vorzubereiten hat. Es kann auch unserer Ansicht nach in verhältnismäßig kurzer Frist eine Anzahl Sozialisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, die der Arbeiterchaft deutlich zeigen würden, daß es unserer Regierung mit dem Willen ernst ist, auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu gehen. So müssen auch unsere Forderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens entschiedene Maßnahmen ergreifen werden, die auf dem Wege der Landesgesetzgebung durchführbar sind. Zu Oitern werden wir in größeren Orten sehr viele Leute haben, die ihre Wohnungen verlassen sollen, aber keine Wohnungen bekommen können. Es läßt sich hier zunächst nicht anders helfen, als daß solche Leute in größere Wohnungen einquartiert werden, und für die Stadt Dresden ist eine Verordnung über die Zwangseinquartierung schon seit längerer Zeit fertiggestellt worden. Es ist eine Frage von wenigen Wochen, daß sie der Stadtkommandantur vorgelegt und angenommen wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß für das ganze Land entsprechende Bestimmungen getroffen würden. Es würde eine große Verabingung für die Landbevölkerung sein, die heute vergeblich Wohnung suchend von Haus zu Haus laufen, wenn sie sicher wüßten, daß sie unter allen Umständen ein Obdach erhalten. Dann wäre die soziale Schöpfung eines Bodenenteignungsgesetzes möglich, das für alle Zukunft Gewinn am Grund und Boden ein für allemal ausschließt.

Demer könnte schließlich ein Gesetz geschaffen werden, das Landbesitz gibt, um überall in Sachsen die Produktion so zweckmäßig wie möglich zu gestalten. Für die Landbevölkerung käme die Einführung von Zwangsverbänden der Unternehmer in Betracht, wie sie der Präsident der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Walter Rathenau vorgeschlagen hat und die auch Rathenau in seinem Aktions-

programm empfiehlt. An der Leitung dieser Verbände müßten selbstverständlich Vertreter der Arbeiterchaft und der Regierung teilnehmen, weil ja sonst die Schaffung solcher Organisationen nur einen Nachschub für die Unternehmer bedeuten würde. Unter der Kontrolle der sozialistischen Regierung und der Arbeiterchaft aber können sie zu einem Segen für unser Land werden. Es könnte durch derartige Organisationen dafür gesorgt werden, daß bei dem Wiederaufbau unserer Industrie großzügig verfahren wird, daß alle Errungenschaften der modernen Technik benutzt, daß Normierung und Typisierung so weit als möglich angewandt werden, so daß die sächsische Industrie eine der leistungsfähigsten der Welt würde. Auch für die Landwirtschaft wären entsprechende Einrichtungen zu schaffen, etwa Zwangsgenossenschaften, die Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion (zum Beispiel die Einrichtung künstlicher Regenrichtungen) durchzuführen hätten. Es darf nicht mehr wie bisher jedem Unternehmer erlaubt sein, zum Schaden der Allgemeinheit nach den schändlichsten Methoden zu arbeiten. Unser Wirtschaftsleben muß in Zukunft von dem Gedanken getragen sein, daß jeder einzelne Betrieb im Dienste der Allgemeinheit steht und sich daher den Erfordernissen zu fügen hat, die im Interesse einer planmäßigen und einheitlichen Leitung unseres Wirtschaftslebens an ihn gestellt werden müssen. Selbstverständlich ist, daß in Sachsen alle Betriebe, die sich dazu eignen, von Staat, Gemeinde oder anderen öffentlichen Organisationen übernommen werden müssen.

Mit den hier vorgeschlagenen Maßnahmen muß und kann bald begonnen werden. Ob es möglich sein wird, all die Fragen, die hier zu lösen sind, binnen kurzer Frist erledigt zu werden, ist zu bezweifeln, mag dahingestellt bleiben. Aber dann können Notgesetze geschaffen werden, die die Durchführung der dringendsten Maßnahmen ermöglichen und deren Ausbau einer späteren Zeit vorbehalten bleiben kann. Dadurch könnte am besten bei den Massen jeder Zweifel an unserm Willen zum Sozialismus beseitigt werden.

Bannerträger der Inkonsequenz.

An der Spitze Bayerns steht wiederum ein aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengesetztes Ministerium. Neben ihm regiert vorläufig noch der Rätekongress, der sich in der gleichen Sitzung, veranlaßt durch eine geringfügige Schieberei auf der Theresienwiese, auf einen Antrag Landauers hin eine Ersatztagung einberufen hat, um gegen alle, die die Ruhe und Ordnung stören, vorgehen zu können. Bayern hat also im Augenblick zwei Regierungskörper, denen aber keine eigentliche gesetzgebende Körperschaft zur Seite steht. Da der Rätekongress selbst die Ausrufung Bayerns als Republik als unhaltbar abgelehnt hat, kann er auch keine eigentliche Regierungstätigkeit nur als ein Übergangsstadium betreiben und muß, sobald es die Lage zuläßt, den Landtag wieder zusammenberufen. Je eher dieser Zeitpunkt eintritt, desto besser wird es für Bayern sein, denn schon jetzt machen sich als Folge der unsicheren Lage, die zur Anarchie hinneigt, in Westschwabens Absplittlungsbestrebungen bemerkbar. Es haben sogar bereits Verhandlungen mit württembergischen Kreisen stattgefunden. Es wird an einen Anichluf Schwabens an Württemberg gedacht. Bayern kann dem natürlich nicht ruhig zusehen. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die radikalen Theorien der sozialistischen Linken sofort zur loslösenden Zerpflünderung und Kräftezerstörung führen, sobald sie Praxis zu werden drohen. Und im entscheidenden Augenblick müssen auch die Unabhängigen immer wieder einbeugen, daß sie den realen Tatsachen gegenüber machtlos sind und daß die Verhältnisse durchaus nicht nach ihren Wünschen richten. Und so wie in Bayern ist es überall. Die Unabhängigen — und so wie in Bayern ist es überall — können bestenfalls eine zweite, eine dritte, eine soundsowolte Revolution „machen“, aber mit diesem Einmaleins — dreimal eine Revolution sind

drei Revolutionen — sind auch für sie alle Möglichkeiten erschöpft, wenn sie nicht die vollständige Anarchie wollen, in der sie selbst untergehen würden. Sie können die politische Gewalt an sich reißen, gut. Aber sie können sie dann nur wütend gegen die Anarchie von links behaupten. Immer müssen sie sofort die „Ordnungsbefehle“ zu Hilfe nehmen und Maßnahmen treffen, gegen die sich so schön radikal und demagogisch schimpfen ließ, solange es die „Ordnungsbefehle“ der Mehrheitssozialisten war. Tatsächlich war immer, wo die Unabhängigen das Szepter in die Hand bekamen, die Verhängung des Belagerungszustandes die erste „revolutionäre“ Tat, zu der sie sich gedrängt fühlten. So war es in München, so ist es in Leipzig, so war es immer, so wird es bleiben. Dieses notwendige Bekenntnis der Unabhängigen zur Unentbehrlichkeit der „Ordnungsbefehle“ in der Praxis bekommt aber seine komische Note dadurch, daß sich die Unabhängigen als Regenten mit diesem Mittel jener Anarchie von links erwehren müssen, der sie sich in der Theorie mit Haut und Haaren verdrückt haben. Und gleichzeitig dadurch, daß sie dieses Hilfsmittel viel dringender bedürfen und genau wissen, daß sie ihre Herrschaft nur auf den Belagerungszustand, nie aber auf den Reichheitswillen des Volkes stützen können.

Die Unabhängigen können nur eins: sie können die zweite, die dritte Revolution „machen“. Ist sie im Gange, so verlassen sie der eignen ihrer Partei innewohnenden Inkonsequenz. Die Geschichte dieser Tage ist voll von Beispielen dafür. In München beschwört Herr Doole seine politischen Freunde sich mit den Mehrheitssozialisten gegen Spartakus und die Reaktionäre von rechts zu vereinen. Offenbar um diese Einigungsbestrebungen zu beschleunigen, erklären in Mitteldeutschland die Unabhängigen im trauten Verein mit den Spartakisten den Generalstreik, legen dadurch eine besondere für Berlin wichtige Industrie lahm, trennen Norddeutschland vom Süden und gefährden so die Lebensmittelversorgung. Da dieser Generalstreik ein politischer ist, richtet er sich gegen die Regierung, die unter Führung jener Mehrheitssozialisten steht, mit denen sich Herr Doole vereinigen möchte. In der Nationalversammlung und in der Presse loben die Unabhängigen gegen die „Weiße Garde“, weil sie gegen gemeine Plünderer und Verbrecher, und leider auch gegen Arbeiter vorgehen muß, die in verbrecherischer Weise auch zum Streik und Deutschland in den Abgrund treiben. Und was sehen wir auf der andern Seite? In Düsseldorf, wo die Herrschaft der Unabhängigen durch spartakistische Freibreien gewaltig ins Wanken gekommen ist, rufen sie diese „Weiße Garde“ und lassen sie in die Stadt einmarschieren, um die Bevölkerung zu schützen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Als die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin sich gegen die fortwährende Störung ihrer Arbeiten, verursacht durch das häufige Eindringen linksradikaler Deputationen in den Sitzungssaal, wandte, und beschloß, daß fortan die Deputationen außerhalb des Sitzungssaales von Vertretern der Fraktionen empfangen werden sollten, erhob ein großer Teil der Unabhängigen entsetzten Protest dagegen. Auf dem zur Zeit in München togenden Rätekongress, der doch sicherlich weit radikaler ist als der Berliner es war, sieht man sich nunmehr genötigt, dieselben Maßnahmen zu erlassen, um ein fruchtbringendes Arbeiten zu ermöglichen. Bekannt ist, wie überall die Unabhängigen für die Bewaffnung des Proletariats eintreten und wie sie sich gegen die von der Regierung angeordnete Entwaffnung sträuben. „Erdrosslung der Revolution“ nennen sie das. Am 28. Februar meldet die „rote Fahne“ aus Leipzig, daß dort die unabhängigen Befürworter eine Befanntmachung erließen, deren Quinhundert die Entwaffnung des Proletariats und die Bewaffnung des Bürgerarms sei.

Das ist nur eine kleine Mitielerle unabhängiger Widersprüche. Es ließe sich ein beliebig großer Strauß binden. Aber nichtsdestoweniger brüsten sich diese Bannerträger der Inkonsequenz, die einzigen wahren, konsequenten Sozialisten zu sein.

Gegen die Tyrannei!

Wohnsinn und Verbrechen jagen durch die deutschen Bunde. Wird dem wilden Willen nicht endlich Einhalt getan, gräbt sich die deutsche Arbeiterklasse ihr eigenes Grab.

Der politische Massenstreik war als Kampfmittel der Entrechteten angebracht, solange die Arbeiter unter dem politischen Joch der Junker und Kapitalisten schmachelten. Seit dem entscheidenden Novembertag hat er jeden Sinn verloren. Seitdem herrscht politische Gleichheit und Demokratie. Seitdem besitzt die Arbeiterklasse andere Mittel, um ihren Willen in der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen. Seitdem schneidet jeder politische Massenstreik uns eigene Fleisch der Arbeiter.

Was als Ziel der wilden aufgelassen Bewegungen hingestellt wird, ist schon erreicht oder wird in nächster Zukunft gesehlich festgelegt werden.

Die Soldatenräte verschwinden nicht! Sie werden mit ihren elementarsten Befugnissen erhalten

bleiben. Es gibt deshalb heute und wird in aller Zukunft keine Rechtfertigung im Bolschewismus mehr geben. Der Soldat ist und bleibt der gleichberechtigte Bürger im demokratischen Volksstaat.

Die Arbeiterräte verschwinden ebenso wenig!

Sie müssen in Betriebsräte umgewandelt werden und ihre wichtigste Funktion, kontrollierend und mitbestimmend im Wirtschaftsprozess, entfalten. So wenig dies politisch möglich, so wenig werden die Arbeiter wirtschaftlich in die alte Diktatur zurückfallen. Neben der politischen ist auch die wirtschaftliche Demokratie der Arbeiter gefordert, vorausgesetzt, daß sie einzig und allein auf den Weg der Demokratie wandeln und jede Tyrannei jüngerer Elemente von sich abweisen.

Die Sozialisierung wird ebenso sicher kommen! in dem Maße und mit der Eile, die politisch notwendig

Seite 10
phone
Zweiter
Sachver
Hebel
18
Wieder
parale
schen
18
BROIK
Dauer
1930
für fast
wird!
1919